

Beschlossene Anträge der 112. LDK

S1: Änderung der Wahlordnung

Ersetzung von §1 (7) durch:

in allen Wahlgängen können auf einem Stimmzettel höchstens so viele Kandidaten und Kandidatinnen gewählt werden, wie insgesamt zu wählen sind. Stellen sich nur so viele Kandidatinnen/Kandidaten zur Wahl wie Funktionen frei sind, so wird mit Ja/Nein/Enthaltung abgestimmt.

Ersetzung von §1 (9) durch:

Wer die meisten einfachen Stimmen erhalten hat, gilt als gewählt. Bei Stimmgleichheit kommt es zur Stichwahl. Bei einer Wahl mit Ja/Nein/Enthaltung gilt als abgelehnt, wer mehr Nein- als Ja-Stimmen erhalten hat.

G1: Änderung des Grundsatzprogramms

Folgender Text ersetzt im Grundsatzprogramm die ersten zwei Absätze im Absatz „Demokratie und Mitbestimmung“.

Demokratie und Mitbestimmung

Eine Demokratie kann nur dann eine wirkliche sein, wenn sich die Menschen an ihr beteiligen und wenn ihnen die Rahmenbedingungen diese Mitbestimmung dieses ermöglichen. Innerhalb einer Schule muss daher die SchülerInnenvertretung entsprechend gefördert werden.

Wir fordern die Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für SchülerInnen in der Schule beispielsweise einen SchülerInnenanteil von mindestens 50% in der Schulkonferenz. Jede SchülerInnenvertretung muss das uneingeschränkte Recht auf einen angemessenen Raum in der Schule und finanzielle Unterstützung durch die Kommune (mindestens 500 Euro pro Schuljahr) haben. Darüber hinaus fordern wir das allgemeinpolitische Mandat für SchülerInnenvertretungen, da diese ebenso ein mündiger Teil dieser demokratischen Gesellschaft sind wie jeder andere auch.

SchülerInnen sollen von klein an mit Partizipation und Mitbestimmung vertraut gemacht werden. Dies beginnt bereits in der Kindertagesstätte und in der Grundschule, schon hier sollen Kindern und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen partizipieren (vgl. UN-Kinderrechtskonvention).

So lernen Kinder von klein an die Bedeutungen von Demokratie als Lebensform direkt im Alltag kennen. Um SchülerInnen und Schüler zu vermitteln, wie Mitbestimmung in der Gesellschaft aussehen kann, soll es einen verpflichtenden Unterrichtsblock in der Sek I geben, in welchem Schülerinnen und Schüler die Rollen von Interessenvertretung, Verbänden, Organisationen, Parteien usw. in der Gesellschaft und die Möglichkeit der Mitarbeit in diesen Gremien kennen lernen. Zu betonen ist hier, dass das Wirtschaftssystem ein Teil des gesellschaftlichen Systems und dementsprechend auch hier die Demokratie wirksam ist. Damit sich die SchülerInnen als vollwertiges Mitglied dieser demokratischen Gesellschaft annehmen können, fordern wir eine Umstrukturierung des Politikunterrichts um auf freie, gleiche und geheime Wahlen ab 14 hinzuwirken. In diesem Unterrichtsblock soll klar werden, dass Demokratie in allen Lebensbereichen stattfinden. Auch die Wirtschaft muss den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen.

A1 Kampagnenplanung

Der Landesvorstand prüft, die Repräsentanten der Politik in NRW betrefflich unserer Kampagne einzuladen, um diesen unsere Forderungen näher zu bringen.

A3 Beitritt der LSV NRW zur BSK

Auf der nächsten Landesdelegiertenkonferenz wird ein Workshop zur Bundesschülerkonferenz angeboten damit ein möglicher Beitritt der LSV NRW zur BSK diskutiert werden kann.